

Mitteilen – Teil sein – wahrgenommen werden

Zugehörigkeit als Schlüssel zur Beteiligung

Jelena Adeli

Immer mehr Menschen möchten sich am gesellschaftlichen und politischen Geschehen beteiligen (vgl. Vetter/Remer-Bollow 2017, S. 123). In den letzten Jahren haben sich Formate etabliert, die den Ruf nach Beteiligung und politischer Partizipation im gesellschaftlichen Diskurs widerspiegeln. Bürgerbeteiligung soll dazu beitragen, Wertekonflikte zu lösen, komplexe Probleme zu verstehen und politische Prozesse zu legitimieren. Unter der ansteigenden Expertise und Professionalität von Prozessbegleiter/innen (vgl. Patze-Diordiyuchuk et al. 2017a/b) wächst die Beteiligungslandschaft im deutschsprachigen Raum.

So weit so gut. Aber was ist mit den Personen, die sich nicht auf Beteiligungsprozesse einlassen? Diejenigen, die nicht an ein Ergebnis glauben und deshalb gar nicht erst teilnehmen. Diejenigen, die – im besten Falle – nur noch als Beobachter/innen teilnehmen, um sich bestätigen zu lassen, dass das alles keinen Sinn macht. Wieso greifen die bereits gut erprobten Formate der Beteiligung hier nicht? Um diese Fragen zu beantworten und Bürger/innen in der Praxis zu mehr Beteiligung zu bewegen, verlassen wir die Ansätze der Konflikttheorie, mit denen die Nicht-Teilnahme und das Nicht-Gelingen von bürgerschaftlicher Partizipation bereits umfassend erklärt wird. Aus unserer Forschungs- und Arbeitspraxis gehen wir auf einen empirischen Befund ein, der das Phänomen Zugehörigkeit in den Mittelpunkt rückt. Dessen Analyse und anschließende praktische Umsetzbarkeit erfordern eine Herangehensweise, die grundlegende Formen von »Bürgerschaftlichkeit« in den Blick nimmt. »Bürgerschaftlichkeit« in diesem Sinne entspricht keinem rechtlichen Status, sondern wird als Mitgliedschaft und Engagement in einem sozialen Kontext verstanden. Wir zeigen, dass es in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Interessenskonflikten weniger um ein Für und Wider inhaltlicher Positionen geht, sondern darum, ob und inwieweit die Menschen das Gefühl haben, ihr Zuhause mitzugestalten. Wenn die Möglichkeit des Sich-Zugehörig-Fühlens gegeben ist, dann – so unsere These – bringen sich auch diejenigen wieder ein, die sich mit ihren Positionen missverstanden und abgehängt fühlen.

Das, was auf dem Spiel steht: Jenseits Inhalt, Fakten und widerstreitenden Positionen

Sind Menschen »dagegen«, die Umwelt zu schützen? Sehen sie in Infrastrukturprojekte oder nachhaltigen Mobilitätskonzepten keinen »Sinn«? Ja, so lassen aktuelle Beispiele aus unserer Region, wie etwa der Ausbau des Münchner Verkehrsnetzes, vermuten. Die Bürger/innen in München, die sich davon in ihrem Zuhause beeinträchtigt fühlen, haben Gründe, Fakten und Gutachten auf ihrer Seite. Genauso wie diejenigen, die mit dem Ausbau die Verkehrsprobleme der Stadt langfristig gelöst haben wollen. Es geht, so zeigt das Beispiel, längst nicht mehr darum, Infrastrukturprojekte, Energiemodelle oder Umweltschutz nach Fakten zu werten. Eine ausreichende Faktenlage existiert immer auf beiden Seiten.

Wenn wir uns nicht mehr um Inhalte streiten, was treibt die Menschen dann an? Unseres Erachtens nach geht es um eine Kultur der Kommunikation. Größere Vorhaben, die das Leben der Bürger/innen beeinflussen, sollen so mit Transparenz, Vertrauen und Sicherheit ausgestattet werden. Nicht ohne Grund hat der VDI Richtlinien für gute Kommunikation und Öffentlichkeitsbeteiligung für Infrastrukturprojekte erarbeitet und institutionalisiert (vgl. Brettschneider/Schuster

2013). Aber der Aspekt der Kommunikation alleine liefert keine ausreichende Erklärung dafür, warum Menschen sich engagieren – oder nicht. Ein Blick »hinter« die Konflikte zeigt, dass es in vielen Auseinandersetzungen um etwas geht, was für die Menschen auf dem Spiel steht: die Bedrohung des eigenen Zuhauses und der Verlust von Zugehörigkeit, also dem, was Menschen als selbstverständlich, natürlich und von Geburt an und als Teil der Gemeinschaft gegeben erachten. (vgl. Adeli 2017; Pfaff-Czarnecka 2012).

Ein Ausflug nach Kap Verde veranschaulicht diese Annahme: In einem zweijährigen soziologischem Forschungsprojekt wurde der gesellschaftliche Umgang mit dem Klimawandel auf den Inseln untersucht, wo eine Umstellung auf Erneuerbare Energien, nachhaltige Entwicklungsprogramme und Ökotourismus den Lebensalltag der Menschen prägen. Dem damit einhergehenden Naturschutz stehen viele Bewohner/innen der Inseln jedoch ablehnend gegenüber und fühlen sich durch die diversen Maßnahmen und Projekte verunsichert. Sind die Kapverdier/innen nicht am Schutz der Meeresschildkröten, endemischer Pflanzen oder des Strandes interessiert? Im Gegenteil: in vielen Fällen stellt der Umgang mit diesen Ressourcen ihre physischen und finanziellen Lebensgrundlagen dar und besitzt einen kulturellen Wert. Die Kapverdier/innen nahmen den Naturschutz aber als soziale und symbolische Grenzziehung wahr und fühlten sich in ihrem Leben beeinträchtigt. Die Naturschutzmaßnahmen empfanden sie als intransparent, als technokratisch und ausgrenzend und kritisierten, nicht daran beteiligt zu sein, wenn Land in Naturschutzgebiete oder Schildkröten zu ökotouristischen Attraktionen transformiert wurden. Denn dies bedeutete auch immer, dass ihre Lebenszusammenhänge und Beziehungen umgestaltet und umgedeutet wurden.

Für die Kapverdier/innen standen verschiedene Anbindungen auf dem Spiel: die zur materiellen Umwelt, die untereinander und die zur Gemeinschaft. Über solche Anbindungen verorten wir uns in der Welt und fühlen uns zugehörig. Die Errichtung von Naturschutzparks beispielsweise bedroht solche Anbindungen, da sie in Mensch-Umwelt-Beziehungen, in (moralische) Werteverständnisse und in gemeinschaftliche Praktiken eingreift. Damit ist ein zentraler Teil des menschlichen Seins bedroht: die Zugehörigkeit.

Wie haben die Menschen in Kap Verde reagiert? Die Reaktionen reichten von der Nicht-Teilnahme an Informationsveranstaltungen, über Boykotte und Straßensperren bis zur Gründung von Vereinigungen. In allen Reaktionen standen Zugehörigkeiten im Mittelpunkt und wurden artikuliert und formalisiert. Hieraus entstanden Politiken der Zugehörigkeit (vgl. Pfaff-Czarnecka 2012), mit denen Menschen ihre Forderung nach Teilhabe, Rechten und Pflichten äußerten.

Beteiligung erfordert, sich zugehörig zu fühlen

Das Ergebnis der Studie ist, dass Zugehörigkeiten im Zentrum umweltbezogener Auseinandersetzungen stehen und dass deren Politisierung einer Forderung von Bürgerschaftlichkeit in dem oben beschriebenen Sinne entspricht. Dieser Befund beschränkt sich nicht nur auf den kapverdischen Kontext und auf Umweltthemen. Ob im Naturschutz, im Bereich der Zuwanderung oder bei Infrastrukturprojekten – immer geht damit eine gefühlte Veränderung des Zuhauses einher, an der die Bürger/innen beteiligt und nicht von ihr gelähmt werden wollen. Wie und zu welchem Grad Menschen sich befähigt fühlen, Einfluss zu nehmen, wirkt sich darauf aus, wie sie ihre Mitgliedschaft und Bürgerschaft bewerten. Beteiligungsprozesse stellen daher auch immer eine Arena dar, in der Menschen ihre Zugehörigkeiten aushandeln.

Ähnlich wie der Begriff Partizipation ist Zugehörigkeit vielschichtig: sich gehört fühlen, seine Meinungen als anerkannt erachten, sich als Mitglied der Gemeinschaften wahrnehmen, die Anrechte und Pflichten formulieren und beanspruchen

zu können. Die Einforderung dieser genannten Aspekte zielt nicht darauf ab, den Willen durchzusetzen und eigene inhaltliche Vorschläge im Diskurs zu sichern. Die Aktualisierung von Zugehörigkeit ist eher ein Ausdruck von Bürgerschaftlichkeit (vgl. Yuval-Davis 2011), mit der eine Verbindlichkeit entsteht, die Bürger/innen und der Staat gegenseitig voneinander einfordern. Hier entwickeln sich jene Beziehungen, in denen soziale, politische, kulturelle und wirtschaftliche Anbindungen eingebettet sind. In ähnlicher Weise hängen Zugehörigkeit und Legitimation (für politische Projekte) zusammen: es reicht nicht mehr aus, wenn Vorhaben oder Veränderungen formal legalisiert sind. Legitimität bedeutet auch, sich an den sozialen, moralischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen orientieren (vgl. Adeli 2017).

Als analytische Kategorie und praktisches Element in Beteiligungsprozessen steht die Beschäftigung mit »Zugehörigkeit« noch am Anfang. Wenn wir Zugehörigkeit als eine Stellschraube begreifen, die Menschen dazu veranlasst, sich im politischen Geschehen zu beteiligen und umgekehrt, wie kann sie dann zu einem Prozesselement werden? Wie lassen sich Menschen über ihre Anbindungen wieder für die Gestaltung des gesellschaftlichen und politischen Geschehens motivieren.

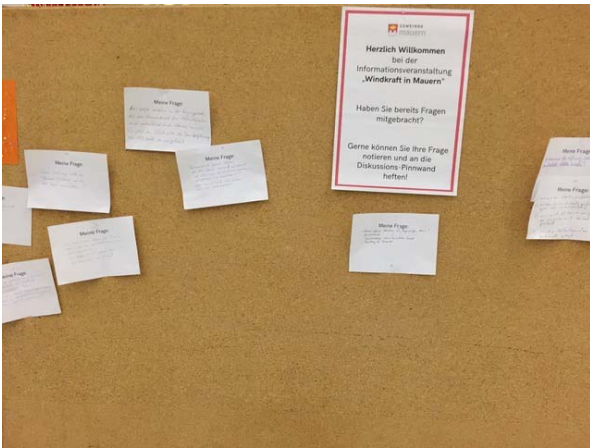
Möglichkeitsräume schaffen: Haben Sie bereits Fragen mitgebracht?

Ein Beispiel aus unserer Arbeitspraxis zeigt, wie wir die Menschen erreichen können, die sich missverstanden und nicht einbezogen fühlen. Im Herbst 2016 haben wir für eine südbayerische Gemeinde mit ca. 3000 Einwohnern eine Informationsveranstaltung für den möglichen Bau einer Windkraftanlage moderiert. Aufgrund von vorausgegangenen (aber bereits erfolgreich abgeschlossenen) WKA-Bauprojekten im Landkreis herrscht in der Öffentlichkeit eine angespannte Stimmung und auch in der Gemeinde kam es bereits zu hitzigen Diskussionen. Die Gemeinde lud deshalb zu einer Informationsveranstaltung ein, um grundsätzlich über Windkraft, Klimawandel und die Rahmenbedingungen für die Planung und den Bau einer WKA-Anlage zu informieren. Vertreter der BürgerEnergieGenossenschaft, der Stadtwerke, des Gemeindetages und Experten referierten über Klimaschutz sowie Schall und Infraschall. Über 200 Bürger/innen nahmen an der zweieinhalbstündigen Veranstaltung teil. Bevor der Bürgermeister die Vorträge und Diskussionen eröffnete, sammelte unser Team etwa 40 Fragen, die die Bürger/innen zuvor formuliert hatten, auf einer Pinnwand. Ein von uns angefertigtes Plakat forderte die Besucher/innen auf, Fragen zu stellen. Anonym.

Bei Informationsveranstaltungen spielt der Gedanke der Einbindung des Bürgers eine zentrale Rolle (vgl. Patze-Diordiyuchuk 2017b, S. 43). Mitdenken, mitplanen, mitgestalten sind Begriffe, die auf den Wunsch nach Zusammengehörigkeit und Anbindung verweisen. Die Formulierung von Fragen an den Beginn von Informationsveranstaltungen zu stellen ist ein Weg, um denjenigen, die sich ausgeschlossen und nicht mehr zugehörig fühlen, jedoch noch so neugierig sind, um als Beobachter teilzunehmen, eine erste Plattform zu bieten. Mit anonymisierten Fragen holen wir auch die Beobachter ab, da wir ihnen mitteilen, dass auch sie aus der gefühlten zweiten Reihe dazugehören. Außerdem haben anonymisierte Fragezettel den Vorteil, auch zurückhaltende Personen und kontroverse Denkansätze einzubeziehen. Damit geht eine inhaltliche und thematische Breite einher, die den Bürger/innen schon zu Beginn eine Offenheit und Wertschätzung (Anerkennung) für deren Anliegen entgegenbringt.

Zudem liegt hier ein methodischer »Kniff« vor, der den Prozess der Veranstaltung optimiert: die Anliegen sollten als Fragen und nicht als Statements formuliert werden und damit den Dialog unter den Beteiligten öffnen. Für eine Informationsveranstaltung macht der Fokus auf Fragestellungen ohnehin Sinn, da die Referent/innen die Rolle von Expert/innen

einnehmen und die Komplexität des Vorhabens einfach und verständlich vermitteln sollen. Als diskursive und öffentliche Veranstaltung schafft die Informationsveranstaltung vor allem Transparenz und baut ein gegenseitiges Vertrauen zwischen Bürger/innen und Vorhabenträger/innen auf. Die oft angestauten Ärgernisse der Bürger/innen werden in konstruktive Fragen umgewandelt, da es sonst - wie die Erfahrung zeigt - zu einer Welle von Anschuldigungen aus der Zuhörerschaft und vom Rednerpult kommt. Somit wird nicht nur die Aufklärung von fachlichen Themen sichergestellt, sondern auch ein Möglichkeitsraum geschaffen, in dem Menschen ihren Bedürfnissen Ausdruck verleihen können.



Abbildungen 1 und 2: Informationsveranstaltung in der Gemeinde Mauern

Auf der Informationsveranstaltung hatten die Bürger/innen zwar viele inhaltliche Fragen – zur Technik, zur Gesundheit, zur Vorgehensweise oder zur Finanzierung der WKA. Doch auch hier offenbart der Blick hinter die Anliegen und Diskussion das, was auf dem Spiel steht: Die WKA bedeutet eine Veränderung und greift in das Zuhause ein. Die Bürger/innen forderten etwas Grundlegendes von ihrer Gemeinde und den Vorhabenträger/innen: die Anerkennung und Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse und Sorgen, Transparenz, die Übernahme von Verantwortung, Schutz und Sorgfaltspflicht. Darüber hinaus zeigt dieses Beispiel, dass Beteiligung von Gegenseitigkeit lebt. Der Bürgermeister appelliert an die Pflichten der Bürger/innen, auch für das einzustehen, was auf der Veranstaltung beschlossen wird. Seine Aussage »wir werden nicht über euch weg entscheiden, aber ihr müsst auch die Entscheidung am Ende mittragen«, bringt auch diese Dimension von Zugehörigkeit hervor.

Zugehörigkeit als Prozesselement?

Nur wenn die Möglichkeit vorhanden ist, sich mitzuteilen und wahrgenommen zu werden, dann tragen und akzeptieren Menschen auch gegensätzliche Inhalte und Positionen. Bürger/innen brauchen das Gefühl, ihre Mitgliedschaft ausüben zu können. Hierzu bedarf es zunächst Möglichkeitsräumen und einer Formulierungsmöglichkeit, die einen offenen und gleichzeitig sicheren Rahmen bietet und der noch vor den klassischen Beteiligungsformaten steht. In der Gemeinde hatten die Bürger/innen Angst sich öffentlich zu positionieren. Die Angst vor dem Nachbarn, fehlendes Vertrauen in eine tragende Gemeinschaft. Es geht darum die Chance zu haben, Informationen zu gewinnen, bevor man in die Diskussion mit anderen Beteiligten einsteigt.

Prozessbegleiter/Innen können hierfür auf verschiedene Methoden zurückgreifen, wie auf Zukunftskonferenzen, Open Space (vgl. Kolenaty 2017) oder Einwohner/Bürgerversammlungen (vgl. Patze-Diordiychuk 2017). Ebenso bedarf es einer erfahrenen Moderation, die die verschiedenen Perspektiven auf ein Thema zulässt, integriert und fördert. Besonders wichtig sind ein wertschätzender Anfang und das Ende der Veranstaltung, um für die Teilnehmenden einen guten Einstieg und Abschluss zu schaffen (vgl. Patze-Diordiychuk et al. 2017a).

Zum Schluss stellen wir die Frage, wie sich Zugehörigkeit als Element in Beteiligungsprozessen operationalisieren lässt? Eine Möglichkeit wäre den Zugehörigkeitsgedanken zu institutionalisieren, d.h. ihn als Mitgliedschaft und Bürgerschaftlichkeit stärker zu formulieren und die Bürger/Innen an einen essentiellen Teil ihres Lebens zu erinnern. Dieser Gedanke knüpft an den bereits bestehenden Ansatz an, eine »breitere öffentliche Kommunikationskultur« zu entwickeln (Vetter/Remer-Bollow 2017, S. 123) und diese in Gesprächsveranstaltungen und Netzwerken des bürgerschaftlichen Engagements hineinzutragen. Mit dem Einbringen von Zugehörigkeit als Ursache für (Nicht-)Beteiligung möchten wir einen weiteren Anstoß in diese Richtung geben.

Literatur

- Adeli, Jelena (2017). Grüne Verflechtungen. Naturschutz und Politiken der Zugehörigkeit in Kap Verde. Bielefeld: transcript. (im Druck)
- Arzberger, Monika B./Suda, Michael (2013). Partizipation und Nachhaltigkeit-von Menschen und Wäldern. LFW-Wissen, (Bd. 72), S. 128-132.
- Vetter, Angelika/Remer-Bollow, Uwe (Hrsg.) (2017). Bürger und Beteiligung in der Demokratie. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Benighaus, Christina/Wachinger, Gisela/Renn, Ortwin (Hrsg.) (2016). Bürgerbeteiligung. Konzepte und Lösungswege für die Praxis. Frankfurt am Main: Wolfgang Metzner Verlag.
- Brettschneider, Frank/Schuster, Wolfgang (Hrsg.) (2013). Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz. Wiesbaden: Springer VS.
- Kolenaty, Erich (2017). Open Space Conferenece. In: P. Patze-Diordiychick/J. Smettan, P. Renner/ T. Föhr (Hrsg.), Methodenhandbuch Bürgerbeteiligung. Passende Beteiligungsformate wählen. (Bd. 2). München: oekom, S. 132-148.
- Patze-Diordiychuck, Peter/Smettan, Jürgen/Renner, Paul/ Föhr, Tanja (Hrsg.) (2017a). Methodenhandbuch Bürgerbeteiligung. Beteiligungsprozesse erfolgreich planen. (Bd. 2). München: oekom.
- Patze-Diordiychuck, Peter/Smettan, Jürgen/Renner, Paul/ Föhr, Tanja (Hrsg.) (2017b). Methodenhandbuch Bürgerbeteiligung. Passende Beteiligungsformate wählen. (Bd. 2). München: oekom.

- Patze-Diordiyuchuk, Peter (2017). Einwohnerversammlung. In: P. Patze-Diordiyuchuk/ J. Smettan/P. Renner/T. Föhr (Hrsg.), Methodenhandbuch Bürgerbeteiligung. Passende Beteiligungsformate wählen. (Bd. 2). München: oekom, S. 114-126.
- Pfaff-Czarnecka, Joanna (2012). Zugehörigkeiten in der mobilen Welt. Politiken der Verortung. Göttingen: Wallstein.
- Yuval-Davis, Nira (2011). The politics of belonging: intersectional contestations. London: SAGE.

Autorin

Dr. Jelena Adeli, geb. 1981, ist Researcher und Consultant bei der koiné GmbH in Freising. Sie berät Kommunen bei Veränderungsprozessen und Beteiligung im öffentlichen Raum. Die Sozialanthropologin promovierte an der Bielefeld Graduate School in History and Sociology in der Nachwuchsforschergruppe »KlimaWelten«, die in Kooperation mit dem Kulturwissenschaftlichen Institut Essen entstand. In ihrer Dissertation Grüne Verflechtungen. Naturschutz und Politiken der Zugehörigkeit in Kap Verde arbeitet sie die Verbindung von Naturschutz, Zugehörigkeit und Bürgerschaftlichkeit aus. Die Monographie erscheint im September 2017 im transcript Verlag.

Kontakt

Dr. Jelena Adeli
koiné GmbH
Ziegelgasse 11
85354 Freising
tel.: +49(8161)8830504
E-Mail: jelena.adeli@koine.de

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung
c/o Stiftung Mitarbeit
Redaktion eNewsletter
Ellerstraße 67
53119 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de